

Business Crime Control-Initiative: Friedensnobelpreis für Jean Ziegler

Die Bürger- und Menschenrechtsorganisation Business Crime Control e.V. startete anlässlich der Übergabe des Friedensnobelpreises 2009 an den US-Präsidenten Barack Obama eine Kampagne, von der sich die Initiatoren erhoffen, dass sich ihr weltweit viele Bürger- und Menschenrechtsorganisationen sowie friedenspolitisch engagierte Institutionen und Einzelpersonen anschließen. Der Presse wurde der Vorschlag am 8. Dezember 2009 zugeleitet. Der BCC-Vorstand bittet, ihn über Internet und informelle Informationskanäle zu verbreiten und durch eine Unterschrift zu unterstützen:

Für den Friedensnobelpreis des Jahres 2010 schlagen die Unterzeichner den Schweizer Bürger- und Menschenrechtler Jean Ziegler vor.

Unterstützung erhoffen sich die Initiatoren von den alten und neuen sozialen Bewegungen oder ihnen nahe stehenden Organisationen und Persönlichkeiten, die Jean Ziegler teilweise seit Jahrzehnten eng verbunden sind. Sie wissen am besten, was der emeritierte Soziologieprofessor, das ehemalige Mitglied des Schweizer Nationalrats, der engagierte Sonderberichterstatler der Vereinten Nationen für das Menschenrecht auf Nahrung, der seit 2008 Mitglied des Beratenden Ausschusses des UNO-Menschenrechtsrats ist, mit seinem politischen Einsatz und seinen aufklärenden Büchern für den Frieden in der Welt geleistet hat.

Für die breite Öffentlichkeit sei wenigstens angedeutet, dass Jean Ziegler in Reden, Schriften und Taten wirtschaftlichen und politischen Machtmissbrauch, gesellschaftliche Missstände in seinem eigenen Land, in den reichen Ländern des „freien Westen“, in den von diesen unterstützten „Schurkenstaaten“ und in kommunistischen Diktaturen bekämpft, Verantwortliche mutig beim Namen genannt und weltweit große Anerkennung und Unterstützung gefunden hat. Er verstand sein politisches Leben sowie sein wissenschaftliches und literarisches Werk immer als Beitrag zum Frieden.

Diesen Frieden hält Ziegler jedoch nur für möglich, wenn die rechtsstaatlichen Demokratien endlich ihre Verantwortung für in der Vergangenheit an den Völkern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas begangene Verbrechen übernehmen, Unrecht, soweit dies überhaupt möglich ist, wieder gutmachen und endlich Ausbeutung, Unterdrückung, Entrechtung und Entwürdigung beenden, die sie, wie die jüngste Weltfinanzmarktkrise wieder bewiesen hat, noch immer im Namen von Freiheit und Demokratie geschehen lassen, ja teilweise offen unterstützen.

Der BCC-Vorstand:

Prof. Dr. Hans See (Politikwissenschaftler und Wirtschaftskriminologe)
Prof. Dr. Erich Schöndorf (Staatsanwalt a. D., Wirtschafts- und Umweltrechtler an der FH Frankfurt a. M.)
Dr. Stephan Hessler (Volkswirt, Mitglied des Beirats von Attac, Vertretungsprofessur an der Uni Gießen)
Wolfgang Patzner (Unternehmensberater, Lektor)
Hildegard Waltemate (Diplompädagogin, Sonderschulrektorin i. R.)
Verena Herzberger (Dipl. Sozialarbeiterin, Redakteurin der Zeitschrift BIG Business Crime)
Rizlan El Omali (Juristin)

Erstunterzeichner, die die Initiative von BCC e.V. unterstützen (nicht alphabetisch):

Dr. Peter Strutynski (Uni Kassel, Sprecher Bundesausschuß Friedensratschlag)
Lühr Henken (Sprecher Bundesausschuß Friedensratschlag)
Willi van Ooyen (Sprecher Bundesausschuß Friedensratschlag)
Tobias Pflüger (Ex-MdEP, Informationsstelle Militarisation e. V.)
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling (Sprecherin Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.)
Horst Trapp (Initiative für einen Politikwechsel, Ostermarschbüro)
Prof. Dr. Werner Ruf (Friedensforscher)
Prof. Reiner Diederich (Soziologe, Vorsitzender der KunstGesellschaft Frankfurt a. M.)
Eckart Spoo (Herausgeber der Zeitschrift „Ossietzky“)
Dieter Schenk (Mitbegründer von BCC, Publizist)
Manfred Such (Mitbegründer von BCC, Dänemark)
Berit Such (Mitbegründerin von BCC, Dänemark)
Prof. Dr. Frank Nonnenmacher (Uni Frankfurt, Didaktik der politischen Bildung)
Prof. Dr. Klaus Weber (Sozialwissenschaftler, Uni München)
Prof. Gerhard Löhlein (Sozialwissenschaftler)
Angelika Wahl (Attac Frankfurt am Main)
Prof. Dr. Wolfgang Richter (Bundesvorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, Präsident des Europäischen Friedensforums)
Helmut Semmelmann (Deutsche Sektion des Europäischen Friedensforums)

Roland Spitzer („Gesellschaft und Visionen“)
Heinrich Pachl (Kabarettist, Filmemacher, Träger des Grimme-Preises)
Uwe Dolata (Wirtschaftskriminalist, Pressesprecher des Bundes deutscher Kriminalbeamter)
Dirk Koch (Netzwerk für den Frieden)
Michael Bruns (Mitglied BAG Frieden und internationale Politik der Partei DIE LINKE)
Jochen Nagel (GEW-Vorsitzender in Hessen)
Dr. Barbara Bromberger (Faschismusforscherin, Publizistin, Frankfurt a. M.)
Peter Delis (Koordinierungskreis Sozialforum in Deutschland)
Dr. Thomas von Freyberg (Soziologe am Institut für Sozialforschung an der Uni Frankfurt a. M.)
Dr. Hanna Bertram (Zahnärztin)
Dr. Günter Bertram (Zahnarzt)
Harro Schultze (Rechtsanwalt, Köln)
Peter Fahr (BCC-Mitglied, Schriftsteller, Geschäftsführer einer internationalen Hilfsorganisation in Bern)
Jürgen Roth (BCC-Beiratsmitglied und Publizist)
Martin Kessler (BCC-Mitglied, Filmemacher)
Alfons E. Krieger (Dipl. Ing. agr., MA Nachhaltigkeits- und Qualitätsmanagement, Lichtenow)
Dr. Diether Dehm (MdB Partei Die Linke, Berlin)
Dr. Angelika Haas (Berlin)
Sabine Kebir (Publizistin, Literaturwissenschaftlerin)
Rolf Becker (BCC-Mitglied, Schauspieler)
Dominik Ottenbreit (Diplomingenieur, Lehrbeauftragter – Österreich)
Dr. Werner Rügemer (Publizist, wiss. Beirat bei Attac, Lehrbeauftragter)
Ernst Volland (Künstler, Berlin)
Konstantin Wecker (Liedermacher)
Dr. Hans Christoph Stoodt (Pfarrer, Anti-Nazi-Koordination Frankfurt a. M.)

Zustimmungserklärungen bitte bis spätestens 15. Februar 2010 an folgende

Mailadresse: seehans@t-online.de

Hier noch eine genauere Begründung des BCC-Vorschlags für diejenigen, die Jean Ziegler und sein Lebenswerk nicht näher kennen

Der Friedensnobelpreis 2009 wurde an den US-Präsidenten Barack Obama verliehen. BCC gratuliert und wünscht Obama, dass er wenigstens die Hälfte seiner Wahlversprechen einzulösen vermag. Man könnte die Ehrung mit dem Friedensnobelpreis unter der Rubrik Vorschusslorbeeren abhaken. Aber man sollte sie auch als Verstärkung einer begonnenen Politik, in der durchaus friedenspolitische Ziele angelegt sind, gelten lassen. So hat Präsident Obama in der Außenpolitik auf die umstrittene, von seinem Vorgänger angekündigte Raketenstationierung in Polen verzichtet. Auch hat er ein günstigeres Gesprächsklima geschaffen. Er wird aber wegen seiner neuen Offensive in Afghanistan von Kritikern wie Michael Moore und vielen anderen schon jetzt als „Kriegspräsident“ bezeichnet. Innenpolitisch hat er unter größtem Widerstand damit begonnen, für viele Millionen US-Bürgerinnen und US-Bürgern eine Krankversicherung durchzusetzen, die aber möglicherweise mit dem verstärkten NATO-Engagement in Afghanistan, das den USA zusätzlich Milliardenausgaben auferlegt, nicht finanziert werden kann. Dass Obama viele seiner im Prinzip in die richtige Richtung weisenden Zielsetzungen nach so kurzer Regierungszeit noch nicht erreichen, viele der von ihm geweckten Hoffnungen nicht erfüllen konnte, auch viele Versprechen nicht wird halten können, spricht noch nicht unbedingt gegen ihn und damit auch nicht unbedingt gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an ihn. Es spricht vielmehr gegen die Kräfte, die seine öffentlich erklärten politischen Ziele für falsch halten und nun mit allen Mitteln zu verhindern versuchen, dass er erfolgreich ist.

Es stellte sich also die Frage nach dem Sinn, amtierenden Staatsmännern diesen Preis zu verleihen. Obama selbst hat diese Frage aufgeworfen. Es stiftet keinen Frieden, Staatsmännern (zu denen auch schon frühere Anführer von Kriegsparteien, sogar einige zuvor als Terroristen gejagte Staatshäupter gehörten) diesen Preis zu verleihen. Dass Regierende etwas für die Erhaltung oder Herstellung des Friedens tun, ist ihre Pflicht. Es sollte also für Staatsmänner selbstverständlich sein.

Daher hat der BCC-Vorstand noch eine zweite Forderung gestellt, an der weiterhin festgehalten werden soll: Grundsätzlich sollten keine amtierenden Staatsmänner oder Regierungsmitglieder mehr den Friedensnobelpreis erhalten. Er sollte nur Persönlichkeiten zugesprochen werden, die mit außergewöhnlicher, vorbildlicher Zivilcourage und/oder gegen den Widerstand der Mächtigen Friedensarbeit geleistet haben. Es sollten Persönlichkeiten geehrt werden, die denen entgegentreten, die nur nationale, unternehmerische und persönliche Interessen verfolgen, die einen große Bevölkerungsgruppen überzeugenden Beitrag zur Überwindung von

Armut, Hunger, Krankheit, juristisch zementierte soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit leisten, weil diese den Frieden gefährden. Sonst käme jeder, der nichts als seine Pflicht erfüllt, für den Nobelpreis in Frage. Business Crime Control (BCC) schlägt deshalb den Bürger- und Menschenrechtler Jean Ziegler für den Nobelpreis 2010 vor. BCC, die 1991 gegründete alternative Bürger- und Menschenrechtsorganisation, achtet nicht nur darauf, dass Staaten, das heißt deren Regierungen, Polizei und Justiz, sondern auch die längst wie Staaten agierenden oder ganze Staaten indirekt regierenden Wirtschaftsunternehmen die Menschenwürde, die Bürger- und Menschenrechte sowie alle übrigen demokratisch legitimierten Gesetze respektieren. Jean Ziegler ist seit vielen Jahren Beiratmitglied von BCC und unterstützt diese Erweiterung der Kritik an Bürger- und Menschenrechtsverletzungen auf den Bereich der großen Wirtschaftsunternehmen. Er gehört zu den wenigen exponierten Persönlichkeiten unserer Zeit, die ihr Wissen, ihr Können und ihre moralische Integrität mit beispielhafter Zivilcourage in den Dienst der Armen, Hungernden, sozial Schwachen und Diskriminierten stellen. Und dies ohne Rücksicht auf deren Hautfarbe, Herkunftsländer, Religions- und Parteizugehörigkeit. Das ist globalisierte Friedensarbeit. Friedensnobelpreise sollten künftig nur an eindeutig demokratisch, sozial, ökologisch, menschenrechtlich und friedenspolitisch orientierte Organisationen, Institutionen und Personen verliehen werden. Das war bisher (siehe wikipedia – hier auch Informationen zum Vorschlagsrecht) häufig der Fall, sollte aber zur Regel werden.

Der BCC-Vorstand

Frankfurt am Main, den 1. Januar 2010

www.businesscrime.de